



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 21.07. bis
23.07.2026
– Auszug aus Drucksache 19/13141 –**

Frage Nummer 17

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Markus
Striedl**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie darauf reagiert, dass der tschechische Verkehrsminister Ivan Bednárík, bei dem Versuch, mit der Bahn von Prag nach München zu reisen, in Regensburg auf einen Personenkraftwagen umsteigen musste, welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung auf das Ansehen des Bahnlandes Bayern in der Öffentlichkeit und welche Auswirkungen sind auf die Gespräche über den Ausbau der Trasse Prag – München zu erwarten, zu denen der tschechische Minister angereist war?

Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Der Freistaat bestellt die Zugleistungen im Schienenpersonennahverkehr in Bayern. Ursache für den Umstieg des tschechischen Verkehrsministers Ivan Bednárík von der Bahn auf den Pkw in Regensburg bei seiner Fahrt am 23. Juni 2026 war kein Fehler des vom Freistaat beauftragten Eisenbahnverkehrsunternehmens, sondern eine Infrastrukturstörung, für die der Schienennetzbetreiber DB InfraGO AG die Verantwortung trägt.

Der Infrastrukturausbau der Bahnstrecke zwischen München und Prag ist auf deutscher Seite Bestandteil des aktuellen Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030). Gemäß Grundgesetz ist der Bund für die Finanzierung und Umsetzung zuständig. Der Freistaat setzt sich gemeinsam mit der Tschechischen Republik gegenüber dem Bund dafür ein, dass die anstehenden Planungs- und Realisierungsschritte verzögerungsfrei umgesetzt werden.